

# Motor brummt, Wald brennt

## Brandrodung für Palmöl ist einer der Gründe für verheerende Waldbrände in Indonesien. Die EU will die Beimischung von Biosprit beibehalten

von  
Anett Keller

Die Autorin ist Mitglied der Südostasien-Informationsstelle und berichtet als freie Journalistin aus Indonesien.

Es waren die schlimmsten Waldbrände in Indonesien seit 16 Jahren. Ende Juni wurden aus der Provinz Riau, wo die meisten Feuer loderten, mehr als 20.000 Fälle von Atembeschwerden gemeldet. Der Rauch zog bis nach Singapur und Malaysia, wo die Luftverschmutzung Höchstwerte erreichte und wo unter anderem Schulen vorübergehend geschlossen wurden.

»Indonesien bekämpft die Waldbrände entschlossen und wird rigoros gegen ausländische Firmen, die dahinter stecken, vorgehen«, verlautbarte die indonesische Regierung – auch als Reaktion auf die deutlich geäußerte Verstimmung der Nachbarn Singapur und Malaysia. Doch das dürfte sich in der Praxis als schwierig erweisen. Das Umweltministerium nannte acht malaysische Firmen, die in Riau operierten, als mögliche Verursacher der Feuer. Die bislang verhafteten mutmaßlichen Brandstifter sind aber allesamt Bauern aus der Region, denen man bislang keine Verbindungen zu Holz- oder Palmöl-Unternehmen nachweisen konnte.

Indonesische Umweltschützer und Menschenrechtler übergaben dem Umweltministerium in Jakarta Mitte Juni eine Liste mit 117 Firmen, die für die Feuer verantwortlich sein sollten. In dem Protestschreiben zählten die Umweltschützer in der betroffenen Provinz Riau unter anderem über 230 Feuerherde in Konzessionsgebieten für Palmölplantagen auf. Brandrodung sei ein systematisches und fortlaufend wiederholtes Verbrechen, von dem Planta-

genunternehmer profitierten und bei dem der Staat untätig zuschaut, so die Koalition bestehend aus den NGOs WALHI (*Friends of the Earth Indonesia*), Sawit Watch, Elsam, YLBHI, ICEL und SPKS.

Indonesien ist nach China und den USA der drittgrößte CO<sub>2</sub>-Emittent der Welt. Verantwortlich dafür ist vor allem die Entwaldung – mindestens eine Million Hektar Wald verschwinden pro Jahr – zur Holzgewinnung und für Palmölplantagen. Bis 2020 will das Land seine Emissionen um 26 Prozent reduzieren. Gleichzeitig will Indonesien – schon jetzt der weltgrößte Hersteller von Palmöl – seine Produktion bis 2020 verdoppeln.

### Steigende Nachfrage nach Biodiesel in der EU

Es ist – neben der Verwendung von Palmöl in Nahrungsmitteln und Kosmetik – auch die steigende Nachfrage nach Biokraftstoffen in Europa, die in Indonesien die Nachfrage antreibt. »Es ist ein Skandal, dass die Europäische Union von Arterhalt und Menschenrechten redet und diese mit der Festschreibung von Biokraftstoffbeimischung mit Füßen tritt«, sagt Reinhard Behrend, Vorsitzender von *Rettet den Regenwald e.V.* Damit folge Brüssel nur der Lobbyarbeit der Palmölproduzenten. »1,9 Millionen Tonnen Palmöl wurden dem Dieselmotorkraftstoff im vergangenen Jahr bereits EU-weit beigemischt. Die dafür benötigten Palmölplantagen nehmen 700.000 Hektar in Beschlag – Land, das bis vor kurzen noch Regenwald



Für Monokulturen abgeholzte Regenwaldfläche  
Foto: Aji Wihardandi@Mongabay Indonesia



*Palmöltransport  
auf Sumatra  
Foto: Aji Wihardandi@Mongabay Indonesia*



*Palmölplantage  
mit Weiterver-  
arbeitungswerk  
Foto: Marufish/  
Flickr*

*Die reife Frucht  
der Ölpalme  
Foto: Aji Wihardandi@Mongabay Indonesia*



und der Lebensraum der bedrohten Orang Utans war«, so die Organisation in einer Online-Petition, die bisher von über 100.000 Menschen unterzeichnet wurde. (<https://www.regenwald.org/aktion/908/biosprit-eu-vernichtet-700-000-hektar-regenwald>)

Die EU überarbeitet derzeit ihre Richtlinien für Biokraftstoffe. »Es ist Zeit, eine verfehlte Politik zu korrigieren«, forderten am 17. Juni 112 NGOs in einem offenen Brief an das EU-Parlament (<http://www.downtoearth-indonesia.org/story/eu-biofuels-policy-comes-unacceptably-high-economic-social-and-environmental-cost-time-fix-fai>). In Entscheidungen über Biokraftstoffe müsse auch die Umwandlung von Flächen, die zur Nahrungsmittelproduktion dienen, zu Produktionsflächen für Biokraftstoffe (ILUC-Faktoren) einbezogen werden. »Europas steigende Nachfrage nach Biodiesel verstärkt Landraub und steigende Nahrungsmittelpreise und verschärft Armut und Hunger bei Bevölkerungsgruppen, die ohnehin schon die Schwächsten sind«, so die Unterzeichner des Briefes.

### EU-Parlament in Sachen Biosprit gespalten

Der Industrieausschuss des EU-Parlaments sah das offenbar anders. Dort sprach man sich am 20. Juni nicht nur für die Beimischung von 6,5 Prozent Nahrungsmittel-basierter Biokraftstoffe aus, sondern auch gegen die Einbeziehung der Folgen indirekter Landnutzung (ILUC) (<http://www.eeb.org/index.cfm/news-events/news/european-parliament-industry-committee-vote-on-measures-to-reduce-iluc-effects-of-biofuels/>).

Der in der Sache federführende Umweltausschuss zum Thema Biokraftstoffe beschloss hingegen am 10. Juli eine Deckelung der Biokraftstoff-Beimischung auf 5,5 Prozent (<http://www.eeb.org/index.cfm/news-events/news/parliament-environment-committee-makes-progress-towards-resolving-biofuels-issue/>). Auch sollen die negativen Folgen durch indirekte Landnutzung (ILUC) ab 2020 in die EU Richtlinie zur Kraftstoffqualität einbezogen werden.

Noch ist für die Kritiker der Biokraftstoffe jedoch nichts gewonnen. Im September entscheidet das EU-Parlament, und es ist in der Sache gespalten. Selbst 5,5 Prozent sind in den Augen der Kritiker zu viel, wenn für die Tankfüllungen fortgesetzt Flächen zur Nahrungsmittelgewinnung verschwinden. »Angesichts von 900 Millionen Hungernden müsste die Förderung von Biosprit eigentlich komplett beendet werden«, so Marita Wiggerthale, Agrarexpertin bei Oxfam. Trotz des massiven Drucks der Biosprit- und Agrarlobby soll aber vorerst ein Worst-Case-Szenario abgewendet werden. Nun komme es darauf an, dass »das Parlament im September dafür stimmt, dass nicht noch mehr Essen in den Tank wandert«.